

Bündnis will während der Ratssitzung protestieren

Der Haushalt für 2027/28 wird am Donnerstag in den Stadtrat eingebracht. Sorge gibt es vor drohenden Kürzungen im kulturellen und sozialen Bereich.

VON PHILIP ZEITNER

DÜSSELDORF Das Bündnis „Solidarität statt Sozialabbau“ will zur Ratssitzung am Donnerstag, 24. September, ab 12.30 Uhr auf dem Marktplatz gegen mögliche Kürzungen in sozialen und kulturellen Bereichen protestieren. An der Aktion wollen sich verschiedenste Akteure beteiligen. Nach Bündnisangaben gehören soziale und kulturelle Einrichtungen, Initiativen, Vereine, Parteien und Einzelpersonen dazu.

Das Bündnis befürchtet, dass Einsparungen bei kulturellen und sozialen Angeboten dazu führen könn-

ten, dass Beratungs-, Bildungs-, Begegnungs- oder Unterstützungsangebote wegfallen.

Unter dem Motto „Das Geld ist da, die Prioritäten sind falsch“ soll während der Kundgebung darüber gesprochen werden, „was diese Entscheidungen ganz konkret bedeuten“, wie es in der Ankündigung des Bündnisses heißt. „Wir wollen sichtbar machen, was hinter Haushaltszahlen und Sparvorgaben steht: konkrete Orte, Angebote und Menschen“, heißt es vom Bündnis weiter.

Ab 13 Uhr sollen dann in drei Panels Menschen aus verschiedenen



Ein Bündnis verschiedener Initiativen und Parteien ruft für Donnerstag zur Protestkundgebung vor dem Düsseldorfer Rathaus auf.

FOTO: BRETZ

Bereichen über die Frage der Auswirkungen möglicher Einsparungen sprechen. Angekündigt für die Gesprächsrunden sind unter anderem Kristin Schwierz, die Geschäftsführerin des Kulturzentrums Zakk, Leonie Sieben-Prinz vom Bündnis für bezahlbaren Wohnraum und Michael Flascha von der Düsseldorfer Tafel.

Auch das Netzwerk Freie Kultur Düsseldorf ruft unter dem Motto „Wort halten – kulturelle Vielfalt in Düsseldorf sichern!“ zur Teilnahme an der Kundgebung des Bündnisses auf. Das Netzwerk betont, dass „die Freie Kultur mit Tausenden

Angeboten in allen Sparten einen erheblichen Anteil zur kulturellen Infrastruktur und Attraktivität Düsseldorfs beiträgt“. Die Kulturschaffenden fordern Oberbürgermeister Stephan Keller und die Ratsmitglieder auf, „ihre Zusage einzuhalten, die freie Kultur stärken zu wollen“.

Der Hintergrund der Protestaktion ist, dass zur Ratssitzung am Donnerstag der Haushalt für das Jahr 2027/28 eingebracht wird. Aufgrund der angespannten finanziellen Situation muss die Stadt Einsparungen vornehmen. Für 2026 erwartet die Stadt ein Defizit von 473 Millionen Euro.